

Artikel für das Magazin „PROGRESS“ der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH),
Sonderausgabe November 2004, Autor: leonhard.dobusch@reflex.at

Information ist Luxus, Baby!

Was bringt die ÖH-Bundesvertretung den Studierenden? Eine Zwischenbilanz.

„Service, das hilft. Politik, die wirkt.“ lautet der Slogan und die selbstgestellte Aufgabe der grün-roten Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH) auf Bundesebene. Viel hat sich in beiden Bereichen in den letzten Jahren getan. Wieviel davon auch in Zukunft getan werden kann, ist eine andere Frage.

„Wo finde ich einen günstigen WG-Platz?“ „Wieviel Stipendium bekomme ich?“ „Woher kriege ich Seminararbeiten von Studierenden aus meinem Fachgebiet?“ Die Antwort auf jede der drei Fragen lautet „www.oeh.ac.at“, die Homepage der ÖH-Bundesvertretung. Dort gibt es neben der altbekannten Job- und Wohnenbörsen seit kurzem auch einen Online-Rechner für die individuelle Stipendienhöhe und mit dem „Free Knowledge Forum“ einen frei zugänglichen Download-Bereich für studentische wissenschaftliche Arbeiten.

„Free People“ und „Education not Profit“.

Letzterer ist Teil der „Free People“-Kampagne, die sich mit geistigem Eigentum in der Wissensgesellschaft auseinandersetzt: Gerade Studierende werden für Musik-Downloads kriminalisiert, leiden unter schlechtem Zugang zu wissenschaftlichen Arbeiten und sind offen für neue Konzepte wie Open-Source-Software („Linux“) und die freie Kulturszene.

Ähnlich wie rund um die Chancen und Gefahren von geistigem Eigentum, schaffte es die ÖH mit der „Education not Profit“ Kampagne ein Jahr zuvor für die Risiken des GATS-Abkommens im Bildungsbereich zu sensibilisieren. Zu einem Zeitpunkt, als nicht einmal SpitzenpolitikerInnen wussten, wofür das Kürzel „GATS“ überhaupt steht. Doch den „Luxus“, Studierende mit Themen wie diesen zu „belästigen“, wird sich eine zukünftige Bundesvertretung ohnehin nicht mehr leisten können.

„Mit der Halbierung des Budgets wäre auf Grund der vorhandenen Fixkosten nicht einmal ein Notbetrieb mehr möglich,“ schildert Patrice Fuchs aus dem ÖH-Vorsitzteam die Situation, vor der die nächste Bundesvertretung der ÖH stehen wird. Dabei zeigt nicht nur die jüngere Geschichte die Stärke der ÖH, Zukunftsthemen aufzugreifen und an die Öffentlichkeit zu tragen. Paradebeispiel in dieser Hinsicht war die maßgeblich von der damaligen (mehrheitlich konservativen) ÖH mitorganisierte Besetzung der Hainburger Au in den 80er Jahren. Fuchs sieht mit der neuen Gesetzeslage aber nur wenig Chance, vergleichbare Akzente zu setzen: „Für innovative Kampagnen und Serviceangebote ist in Hinkunft sicher kein Geld mehr vorhanden. Im Gegenteil, unsere Nachfolgerinnen und Nachfolger – egal welcher politischen Richtung – werden sogar das Standardangebot beschneiden müssen.“

Standards, wie die mehr als 15 verschiedene Broschüren für nahezu jedes studentische Anliegen - von „Studieren mit Kind“ über den „Steuerleitfaden“ bis hin zur „Sozialbroschüre“. Ebenfalls bedroht sind die zeit- und kostenintensive Rechts- und Sozialberatung sowie die Ausbildung und Vernetzung der StudierendenvertreterInnen an den verschiedenen Universitäten.

Aufbauarbeit umsonst?

„Sovieles, was wir in den letzten drei Jahren begonnen haben, ist jetzt bedroht,“ fürchtet auch die Referentin für Bildungspolitik Rosa Nentwich-Bouchal und denkt dabei zum Beispiel an das Netzwerk-Projekt „initiative 30plus“. Gemeinsam mit bildungspolitischen PlayerInnen aus den verschiedensten Bereichen wurde in den letzten Jahren begonnen, Lobbying für bessere und frei zugängliche Hochschulbildung zu betreiben. „Klarerweise ist dieses Projekt langfristig angelegt. Ob es unter den veränderten Rahmenbedingungen fortgeführt werden kann, ist mehr als fraglich.“